

Die Stimme

Erkaltet wöchentlich
 einmal: Freitag.
 Ausgaben: Die gewöhnliche
 Morgens 10 Uhr.
 Im Abonnement oder bei
 Wiederholungs entsprechend
 billiger.
 Inhalt der Redaktion:
 Dienstag Mittag.

Abonnement
 vierteljährlich 1.— Mark
 bei jedem Postamt und in
 der Expedition.
 Eingetragen in der
 Post-Zeitungspremliste.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin NO. 55,
 Greifswalderstr. 221/22.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Königsplatz 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Wellmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22. — Geldsendungen an W. Zille, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Nummer 3/4.

Mittwoch, den 28. Januar 1916.

27. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Pflichten und Rechte. — Die Internationale. — Am Neujahrsmorgen im Schützengraben. — Sittlich auch gegen den Staat! — Stärkung unserer Volkskraft durch die Landesversicherung. — Rundschau: Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Die Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Frauenzeitung. — Eine eigenartige Schriftleitung. — Ueber neue Tabaksteuern. — Unzureichende Regelung der Fleischversorgung. — Ansprüche der Soldaten während der Urlaubszeit. — Die Arbeitsnachweisfrage. — Ueber die Zurückstellung der Militärpflichtigen. — Patentschau. — Anzeigen.

Pflichten und Rechte.

Unsern Mitgliedern, namentlich den älteren, ist es sozusagen in Fleisch und Blut übergegangen, daß neben Rechten, die sie an den Gewerksverein zu stellen haben, auch Pflichten gegenüber demselben zu erfüllen sind. Unsere Satzungen sind das Gesetz, nachdem sich Hauptvorstand und Mitglieder zu richten haben. Wenn wir auch noch nicht die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine für den Gewerksverein erlangt haben (die Krankentasse und Sterbekasse steht bekanntlich unter behördlicher Aufsicht) so weiß doch jedes Mitglied, daß alle Rechte, die ihm laut Satzung zustehen, von unserem Gewerksverein gewährt werden. Daraus ergibt sich aber auch, daß pünktliche und fortlaufende Beitragszahlung eine der Voraussetzungen ist, auf denen die Rechte aufgebaut worden sind. Es gibt nun allerdings Kollegen, die sehr wohl die Rechte für sich in Anspruch nehmen möchten, die jedoch mit den Pflichten der Beitragszahlung in einem gewissen Widerspruch leben. Gewiß meinen wir hiermit nicht die Kollegen, die aus diesen oder jenen Gründen mit der Beitragszahlung in Rückstand gekommen sind, so bürokratisch handeln wir nicht, gemeint sind vielmehr diejenigen, welche wohl in der Lage sind, ihre Beiträge zu entrichten, dies aber aus nichtigen Ursachen unterlassen. Ganz besonders hat sich dies in der Kriegszeit bemerkbar gemacht. Einem jeden einsichtigen Kollegen ist es längst klar geworden, welche gewaltigen Anforderungen an die Organisationen, an unsern Gewerksverein gestellt wurden. Wenn wir, wie auch die andern Berufsorganisationen bei Ausbruch des Krieges dazu übergingen, die Unterstützungen zu kürzen, so taten wir dies aus der dringenden Notwendigkeit heraus, denn wir waren uns von vornherein klar darüber, daß während und nach dem Kriege eine starke Arbeiterorganisation mehr denn je notwendig sein wird. Auch konnte keiner voraussehen, wie sich der Arbeitsmarkt während der Kriegszeit gestalten wird. Wir sind dann aber, sobald der Arbeitsmarkt sich neu belebte, dazu übergegangen unsere Satzungen wieder in die alte Kraft zu setzen. Außerdem haben wir die seit Ausbruch des Krieges bis zum ersten August 1915 bezogene Unterstützung nicht in Anrechnung gebracht. Mehr zu tun, kann man beim besten Willen nicht verlangen. Unsere Kollegen haben das mit wenigen Ausnahmen auch eingesehen. Nun hat sich während der Kriegszeit ein großer Uebelstand in Bezug der zum Heeresdienst einberufenen Kollegen bemerkbar gemacht. Es kommt des öfteren vor, daß die Kollegen ihre Einberufung zum Heeresdienst erhalten, sich dann richtig bei ihrer Verwaltung abmelden, um für spätere Zeit ihre Rechte aufrecht zu erhalten. Nach kurzer Zeit wird derselbe nun aus diesem oder jenem Grunde entlassen. Derselbe arbeitet nun wieder ruhig wochen-, ja monatelang auf seiner alten Arbeitsstätte, ohne jedoch den Weg wieder nach dem Kassierer zu finden, ohne also seinen Pflichten gegenüber dem Gewerksverein nachzukommen. Ein anderer Teil ist womöglich schon draußen im Feld gewesen, dann jedoch aus irgend einem Grunde entlassen worden, geht auch wieder ihrer alten Tätigkeit nach, ohne jedoch seiner Pflichten gegenüber dem Gewerksverein sich zu erinnern. Wir haben Kollegen, die über ein Jahr wieder ihrem Beruf nachgehen, die einen verhältnismäßig hohen Verdienst erzielen, (1,50 Mk. pro Stunde) sich jedoch hartnäckig weigern, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gewerksverein nachzukommen. Alle Redewendungen dieser Kollegen sind nicht stichhaltig. Unser Gewerksverein ist auf Pflichten und Rechte aufgebaut. Wir müssen unbedingt daran festhalten, daß alle Kollegen, die nicht mehr des Kaisers Kof tragen, wieder mit lohnender Arbeit beschäftigt sind auch ihre Beiträge an den Gewerksverein entrichten müssen. Jeder einsichtige Kollege wird unsern Standpunkt verstehen und auch darnach handeln. Dies liegt auch im Interesse der Kollegen selber. Unser Bruderorgan der „Regulator“ bringt in seiner Nummer 2 hierzu ein treffliches Beispiel. Dort war auch ein Mitglied auf unbestimmte Zeit beurlaubt, arbeitete und verdient ein schönes Geld. Alles Zureden des Kassiers, doch während dieser Zeit seine Beiträge zu entrichten, war resultat-

los, auch Versuche bei der Ehefrau scheiterten. Schwere Herzensmühe der Kassierer das Mitglied, welches schon lange Jahre dem Gewerksverein angehörte, streichen. Noch nicht sechs Wochen sind vergangen, da bringt das ehemalige Mitglied den rechten Arm in die Maschine und wird schwer verletzt. Jetzt fand er den Weg zum Gewerksverein zurück, wo es nun leider zu spät war. Dies ist ein ganz besonders drastisches Beispiel, welches sich die Kollegen merken sollten. Aber auch abgesehen hiervon, wird doch fast täglich den Kollegen vor Augen geführt, welche gewaltigen Aufgaben von unserem Gewerksverein gelöst werden müssen. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß die Zukunft alles andere, aber nicht rosig aussteht. Gerüstet für die Zukunft sein, das muß unsere Parole sein, darum beherzige ein jeder die Mahnung: **Wo Rechte sind, da sind auch Pflichten!**

Die Internationale.

Die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei, die immer behauptet, die wahrhaften Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, werden jetzt in den weitesten Kreisen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Auch wir Gewerksvereine haben alle Ursache, jeden Vorgang mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, sind doch die freien Gewerkschaften eng mit der Partei verknüpft, nicht bloß in Deutschland, sondern auch in dem feindlichen Ausland. Gleich nach Ausbruch des Krieges konnten wir über haltlose Schmähungen, welche die Gewerkschaften von England, Frankreich, Belgien und besonders Italien gegen die deutschen Arbeiter richteten, berichten. Mit erfreulicher Einmütigkeit und Deutlichkeit haben die deutschen Arbeiter derartige Schmähungen zurückgewiesen. Trotzdem hat es innerhalb der deutschen Sozialdemokratie immer noch Leute gegeben, die wenig vaterländische Gesinnung an den Tag gelegt haben, indem sie nur zu gerne mit dem feindlichen Ausland liebäugelten. Abgesehen von Liebknecht, dessen Eigenbrödelei man nie recht ernst genommen hat, haben sich leider jetzt noch andere „Genossen“ gefunden, die nun glauben, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo sie der deutschen Regierung Knüttel zwischen die Beine werfen können. Bei der letzten Kreditbewilligung durch den Reichstag gaben 20 Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei unter Führung des Abg. Geiger die Erklärung ab, daß sie der Regierung weiterhin den Kriegskredit verweigern, also unsere Truppen im Felde wehrlos machen wollen. Aus diesem Anlaß ist es nun innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu immer weiteren inneren Zerwürfnissen gekommen. In den einzelnen Parteiblättern, besonders im „Vorwärts“, der ja stets die Liebknechtgruppe vertritt, findet man nun spaltenlange Artikel, in denen die einzelnen Gruppen ihre Ansichten zum Ausdruck bringen, wobei persönliche Anrempelungen nicht fehlen. Die Kreditbewilliger ziehen naturgemäß dabei den Kürzeren, da ihre Entgegnungen zum Teil nicht aufgenommen oder mit Bemerkungen versehen sind, da ja die Vorwärtsredakteure zu der Gruppe der „Unentwegten“ gehören.

Wir haben ja schon darauf hingewiesen, daß die Kreditverweigerung dieser 20 Mann an und für sich ohne Bedeutung wäre, denn es wird dadurch kein Soldatenknopf weniger angeschafft, das Ausland jedoch kann seine Schlüsse daraus ziehen und das Blutvergießen unnötig verlängern. Hierin also haben dieselben eine Schuld auf sich, deren Beantwortung am besten von unsern Brüdern aus dem Felde später ausgeführt wird. Eine schallende Ohrfeige haben diese „Unentwegten“ von ihren französischen Genossen erhalten. Am Weihnachtsfest hat bekanntlich ein Kongreß der französischen Sozialistenpartei stattgefunden. Auf diesem Parteitag hat man eine Resolution angenommen, die alles andere als den Frieden in sich schließt, aber als Antwort auf die Haltung der 20 Unentwegten im Deutschen Reichstag gelten kann. Um ein vollständiges Bild dieser Entschliebung zu bekommen, geben wir die längeren Ausführungen bekannt. Die von der französischen Sozialdemokratie mit erdrückender Majorität angenommene Resolution lautet:

„Unter dem Druck des brutalsten Angriffs ist die sozialistische Partei zusammen mit ganz Frankreich in den Krieg eingetreten für das Volk der nationalen Verteidigung, die jede Eroberungs- und Annexionspläne ausschließt. Die Partei wird im Kriege verharrten, solange nicht das französische Territorium freit ist und der Versuch der Hegemonie, für die der Angriff das Signal und der Beweis gewesen ist, gebrochen und die Bedingungen eines dauerhaften Friedens sichergestellt sind. Die Bedingungen eines solchen dauerhaften Friedens hat die sozialistische Partei bereits dargelegt. Jeder dauerhafte Friede muß, wie es schon Marx und die Internationale jagte, auf der Proklamation der Moral und des Rechts und auf der Errichtung der Gerechtigkeit unter den Völkern gegründet sein. Kein dauernder Friede, ohne daß die kleinen Märtyrernationen in ihrer ökonomischen und politischen Unabhängig-

keit wieder hergestellt sind. Die eine hat den Angriff Oesterreichs erduldet, nachdem sie fast alle Bestimmungen eines Ultimatus angenommen hat, das den Zweck hatte, sie zu demütigen und den Krieg zu provozieren, und obwohl sie über den Rest der Bestimmungen das Haager Schiedsgericht angerufen hatte. Die andere ist verwüdet, weil sie sich geweigert hatte, in ihrer Person einen internationalen Vertrag verletzen zu lassen, den alle großen Nationen unter ihren Schutz genommen hatten. Beide, Serbien wie Belgien, müssen aus ihrem Ruin wieder erweckt werden.

Kein dauerhafter Friede, ohne daß den unterdrückten Bevölkerungen Europas die freie Verfügung über sich wiedergegeben und ohne daß zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen im Sinne eines Rechts, das die Zeit nicht verjährt hat, das Band wiederhergestellt sei, das im Jahre 1871 die Brutalität der Gewalt zerrissen hatte, trotz der sozialistischen Proteste von Bebel und Liebknecht in Deutschland selber.

Ist dieses Recht wiederhergestellt, wird Frankreich verstehen, sich klarsichtig und gerecht zu erweisen, indem es Elsaß-Lothringen selbst auffordert, aufs neue feierlich, wie es seine Vertreter vor der Nationalversammlung von Bordeaux getan hatten, seinen Willen, der französischen Gemeinschaft anzugehören, zu erklären.

Aber wenn auch die verbündeten Regierungen diese Fragen von zugleich moralischer und territorialer Geltung durch ihren Sieg lösen können, bedarf es noch anderer Garantien, zu denen die Mitwirkung der neutralen, ja selbst der feindlichen Völker notwendig ist.

Indem sie ihrerseits jede Politik der Annexionen und Eroberungen zurückweisen, indem sie sich streng an das Prinzip der Nationalitäten halten, werden die Verbündeten den Anklagen entgegen, die ungerechterweise von ihren Gegnern gegen sie erhoben werden.

Aber sie haben noch größere Aufgaben in ihrer Eigenschaft als Kämpfer des Rechts und im Interesse der Zukunft der Welt, für die sie verantwortlich sind. Die Organisation eines internationalen Rechts erscheint der sozialistischen Partei, die sicher ist, hierin das Gewissen der Menschheit zu vertreten, als die zuverlässigste Garantie eines dauerhaften Friedens, indem die Verbündeten unter sich, und zwar alsbald, Schiedsgerichtsbestimmungen veröffentlichen über alle, alle Streitigkeiten, die über ihre gemeinsamen Interessen entstehen könnten und ihnen ein Beispiel geben, für das ihnen die neutralen Nationen erkenntlich wären und das den Weg für die einzigen, vollständigen Garantien eines dauerhaften Friedens öffnen würde.

Die sozialistische Partei weiß, daß, solange die Ungerechtigkeit des Kapitalismus bestehen bleibt, des Kapitalismus, dessen wirtschaftliches Konfurrenzregime die Entfaltung des kolonialen Systems und des Imperialismus am höchsten gesteigert hat, Kriege bestehen, auch in Gemeinschaft mit dem Kapitalismus selber die Gefahren des Krieges bestehen bleiben.

Aber die Welt steht vor folgender Alternative: Entweder wird sie die Praxis des Ultimatus beibehalten, und dann wird der Krieg mit dem vermehrten Gewicht der Rüstungen Europa in irgend eine neue Katastrophe stürzen, in der mit ihm die menschliche Zivilisation zugrunde geht — oder die Nationen werden sich zu der Praxis des internationalen Schiedsgerichtsverfahrens entschließen, zur Begrenzung der Rüstungen, zur demokratischen Kontrolle der eingegangenen Verpflichtungen, zur Abschaffung der Geheimdiplomatie, zur Verstaatlichung der Kriegsindustrie, zur Organisation des wirtschaftlichen und militärischen Schutzes gegen räuberische Nationen. Dann, aber auch nur dann, kann Europa und die Welt mit Ruhe der friedlichen Entwicklung und dem Fortschritt, den den Menschen der Sozialismus bringt, entgegensehen.

Denn, die durch ihre Worte und ihre Taten, durch ihre ganze Kriegführung proklamiert haben, daß die internationalen Verträge nur „Papierfetzen“ sind, daß Not kein Gesetz kennt, die aus dem Völkerrecht einen Kinderspott gemacht haben, ihnen allen muß der siegreiche Friede, der dem Kriege folgt, die Verpflichtung zum Schiedsgericht und die Achtung der Unterschriften auferlegen als allgemeine Regelung des Verfahrens unter zivilisierten Nationen. Wenn die verbündeten Regierungen von jetzt ab erklären, daß sie sich bemühen werden, dem Friedensschluß diesen Charakter zu geben und als oberste Regelung der Konflikte unter den Völkern das Schiedsgerichtsverfahren anzuerkennen, dann werden sie einen unergieblichen Anstoß moralischer Kraft, den heroischen Kämpfen verleihen, die solchermassen fühlen, daß das Resultat ihrer Anstrengungen würdig ihres Opfers ist.

Die feindlichen Regierungen sagen ihren Völkern, daß die Verbündeten, indem sie die Niederlage des preussischen Militarismus wollen, die Vernichtung Deutschlands erstreben. Die sozialistische Partei weiß ihrerseits eine solche Auffassung zurück; weder politische Vernichtung Deutschlands, welches dann im Laufe der Zeit von neuem durch Blut und Eisen seine Einheit wiederherstellen müßte, noch wirtschaftliche Vernichtung, die unter Verletzung jeglichen Rechts eine ansehnliche Bevölkerung

bedrücken und sie dem äußersten Jörn der Verzweiflung preisgeben würde.

Aber der preussische Militarismus, ein System der Brutalität, ein Wille zur Hegemonie, erst der deutschen, dann der Welt, ist über die ganze Welt, ist von allen Militarismen der gefährlichste für die Sicherheit der Welt, gefährlich auch für die Niederlande selbst zu einer Entwicklung des friedlichen Fortschritts. Den preussischen Militarismus dazu zwingen, daß er sich zu den Methoden des Rechts bequemt, das heißt ihn zwingen, sich selbst zu verfluchen, indem er seinen Existenzgrund verneint. In diesem Sinne könnte der Krieg von 1915 der letzte der Kriege sein. Damit er es sei, bedürfen die Verbündeten nicht nur des Sieges durch die Waffen, sondern auch des Willens der Völker, zunächst des deutschen Volkes selber, wenn es endlich aus dem abscheulichen Kampf erwacht, in den es seine Regierenden versenkt haben. Möge darum das deutsche Volk nachdenken über den Ursprung der Katastrophe, möge es die imperialistischen Eroberungspläne prüfen, die durch die regierenden Klassen Deutschlands tündelt sind, möge es hören auf den Appell derer, die sozialistisch oder nicht, das Gewicht der Mittelmächte allzu schwer finden und möge es dann gegenüber dem Herren des Reichs in die entschlossenste und energischste Opposition sich stellen. Möge es das politische Leben der deutschen Nation aufrichten, der deutschen Nation, die zu ihrem ihr eigentümlichen Genie zurückgekehrt sein wird, bei einer Regierungsform, in der das allgemeine Wahlrecht keine leere Phrase ist, in der die Regierungen verantwortlich sind vor der Volkshoheit und nicht allein vor dem Kaiser, dem ausschließlichen Herrn über die Katastrophen.

Von diesem Gesichtspunkt aus prüft die sozialistische Partei die Frage, ob es angebracht ist, die internationalen Beziehungen und gleichzeitig die Beziehungen mit der deutschen Nation wieder aufzunehmen, und sie knüpft die Wiederaufnahme dieser Tätigkeit an die Voraussetzung von Handlungen. Klar und ohne Zweideutigkeit muß die deutsche Sozialdemokratie den längst durch die Internationale festgesetzten Grundsätzen wieder Kraft und Leben verleihen: Zurückweisung des Imperialismus und der Eroberungspolitik; Anerkennung des Rechts, das die Völker haben, über sich selbst zu bestimmen, und die Nationalitäten oder Bruchteile von Nationalitäten, wenn sie verletzt werden, selbst ihre Lage zu bestimmen; Protest gegen die Verletzung des Völkerrechts und der Neutralität, die unter der Garantie von Europa gesetzt sind. Nur wenn diese Versicherungen gegeben werden, nicht nur als Formeln von Resolutionen, sondern als lebendige Regel ihrer Aktionen gegen die kaiserliche Regierung, nur wenn entscheidende Handlungen durch die Sozialdemokratie oder durch die Minoritätsepposition vollzogen werden, kann die Wiederaufnahme der Beziehungen ins Auge gefaßt werden.

In der Tat, vom Standpunkt der sozialistischen Partei Frankreichs kann es keine Internationale geben ohne Prinzipien, keinen internationalen Sozialismus ohne Ideale und Ziele. Wie sollte die Internationale vorgeben, sie sei der Friede der Zukunft, wenn sie, konnte sie auch nicht zurzeit die Kriegsgewalt aufhalten, nicht mindestens das unbergbare Urteil bewahrt, welches man der Wahrheit schuldig ist; wenn sie nicht Gericht hält über die Regierungen, die schuldig sind, sich den Vermittlungen und dem Schiedsgericht entzogen und dadurch die Katastrophe beschleunigt, schließlich unvermeidlich gemacht zu haben.

Die sozialistische Partei Frankreichs kann, wie hinzugefügt sei, nicht zugeben, daß diese Wiederaufnahme als ein Zeichen nationaler Schwäche aufgefaßt wird und sie weist jede Propaganda dieser Art zurück.

Die sozialistische Partei betrachtet als ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die internationalen Beziehungen wieder hergestellt werden könnten, den Unterschied, der sich zwischen den imperialistischen Sozialisten Deutschlands und der Minorität bemerkbar macht. Das Anwachsen dieser Minorität ist es, welches die Ehre des internationalen Sozialismus selber retten wird und welches vielleicht, wenn die Minorität energisch und weitblickend ist, die Erneuerung und das Heil des deut-

schen Volkes herbeiführen wird. Es steht in der Macht des deutschen Sozialismus, die Frist abzukürzen, in der der internationale Sozialismus seinen Lauf wieder aufnehmen kann. Indem er Lehre zieht aus der Lektion dieses Krieges, der mehr noch als der Friede gezeigt hat, wie unermögend die regierenden Klassen sind, um die menschlichen und sozialen Kräfte zusammenzufassen, um allen Völkern das Regime tatkräftiger Demokratie zu verleihen, um dem Allgemeininteresse das Sonderinteresse zu opfern, das durch die Konkurrenz der kapitalistischen Produktion ins Ungemessene gesteigert wird, weiß der Sozialismus, daß die Zukunft der geklärten und lebendigeren Internationale nahe und leuchtende Verantwortlichkeit auferlegt. Und weil sie weiß, daß sie dieser Zukunft dient, schaut die sozialistische Partei Frankreichs entschlossen auf ihren Weg. Gemäß den Prinzipien und in voller

ament oder in der Agitation für jeden getragen sein muß von der ehrlichen Beachtung dieser vom Kongresse angenommenen Resolution sowie auch von der Sorge, daß die Schwierigkeiten der Aktionen durch keine Überbetreibung der Rede noch durch persönliche Polemik vergrößert werden. Er erinnert alle daran, daß jede Sonderaktion zur Konsequenz haben muß nicht allein eine Schwächung der Einheit der Partei, sondern auch die Schwächung des Wertes der nationalen Verteidigung, an der die Partei mitarbeitet.

Die Partei rechnet darauf, in diesen schrecklichen Stunden daß ihre Kampfgenoßen, sowohl die Daheimgebliebenen wie die an der Front, um ihre doppelte Pflicht zu erfüllen, sich begeistern lassen von dem glänzenden Andenken an Jaurès und Vaillant, die beiden großen Toten, die die Partei beweint und die der Krieg, der Entfessler wildesten Hasses, der Säemann ungeheurer Schmerzen, der Sache Frankreichs und des internationalen Sozialismus geraubt hat.

In der Tat, diese Entschließung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es ist derselbe Standpunkt, den auch die Sozialisten der anderen feindlichen Länder eingenommen haben. Elsaß-Lothringen an Frankreich, Belgien befreit und eine gehörige Kriegsentlastung an Belgien, Polen an Rußland und halb Oesterreich an Italien abtreten, sowie noch ein Stück an Serbien abgetreten, nun dann werden sich die Herren Sozialisten des feindlichen Auslandes überlegen, ob man wieder Anknüpfungspunkte mit den deutschen Sozialisten suchen kann. Auch Vandervelde, der Führer der belgischen Sozialdemokratie hat bisher nur Hohn und Spott für die deutsche Sozialdemokratie gehabt, und äußert sich auch jetzt noch ziemlich ablehnend, wie nach einem Bericht zu urteilen ist:

Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie die deutsche Sozialdemokratie?“ antwortete Vandervelde: „Es muß zwischen der Friedensfrage und der Frage der internationalen Beziehungen der Sozialisten ein sehr deutlicher Unterschied gemacht werden. In der Tat kann ich darum, weil 33 deutsche Sozialdemokraten die kaiserliche Politik ablehnen, einen vorzeitigen Frieden nicht für weniger gefährlich halten. Aber andererseits, von einem sozialen Gesichtspunkt und auch unter dem Gesichtspunkt der künftigen gegenseitigen Beziehungen der sozialistischen Parteien lege ich viel Wert darauf, daß Männer wie Haase und Rautsky gleich mir jede Anneziationspolitik verurteilen und gegen jeden Gedanken einer Einverleibung Belgiens durch Deutschland protestieren. Ebenso wie ich glaube, daß wir die Macht gebrauchen müssen, um Frankreich und Belgien zu befreien, ebenso sehr lege ich Wert auf gewisse Grundsätze, worüber in der Zukunft im internationalen Sozialismus Uebereinstimmung bestehen muß.“

Kurz, als Sozialist freue ich mich, daß die internationalen Beziehungen später werden aufgenommen werden können mit jenen deutschen Sozialisten, die sich dem Imperialismus nicht gebeugt haben. Aber als Belgier und Europäer erkläre ich, daß dies unseren Willen nicht schwächen darf zur Fortsetzung eines Krieges, der für uns nie etwas anderes gewesen ist als ein Krieg der Verteidigung — der gefehlischen Verteidigung.“

Muß diesen 20 Unentwegten nicht die Schamröte ins Gesicht steigen, wo die feindlichen Sozialdemokraten die Verneinung Deutschlands nach wie vor predigen, wo es doch heute jedem Einflüchtigen klar sein müßte, daß englische Haßgier und französische Revanchegelüste dieses ungeheure Blutvergießen herbeigeführt hat. Kann man bei diesen Leuten noch von Vaterlandsliebe reden, wo angefaßt der Tassachen, daß Tausende und Abertausende von Brüdern ihr Leben für die Befreiung Deutschlands gelassen haben, wo Tausende und Abertausende von Familienvätern mit ihren Söhnen im Schützengraben liegen und Not und Entbehrung geduldig ertragen, sich diese „Unentwegten“ einfach hinstellen und durch Kreditverweigerung versuchen, unsere Brüder wehrlos machen zu wollen. Und diese Leute nennen sich „Arbeitervertreter!“

Die beste Agitation!

Die beste Agitation ist, wenn der Freund zum Freund, der Arbeitskollege zum Arbeitskollegen geht.

Die beste Agitation ist der fleißige Besuch der Ortsvereinsversammlung.

Die beste Agitation ist die Aufklärung der Frau.

Die Frau wird am besten aufgeklärt, wenn sie die Ortsvereinsversammlung besucht.

Wo die Umstände es gestatten, nehmt die Frau und erwachsene Kinder mit in die Versammlung.

Uebereinstimmung mit seinen Zentralorganisationen gibt der Kongreß seinen Vertretern den Auftrag, fürderhin durch die Bewilligung der Kredite, die Mittel zum Sieg zu gewährleisten und durch seine drei Delegierten beim Werk der nationalen Verteidigung mitzuwirken. Des weiteren erklärt der Kongreß, daß er in Hinsicht des Friedens, der nicht separat geschlossen werden dürfe, den Worten zustimmt, die Minister Asquith im Unterhaus gesprochen hat:

„Die Regierungen von Frankreich, Rußland, Japan, Italien und England haben sich untereinander verpflichtet, keinen Separatfrieden einzugehen. Wenn Vorschläge erster Art in Richtung auf einen allgemeinen Frieden durch die feindlichen Regierungen, sei es direkt oder durch neutrale Vermittler gemacht würden, so sollen sie zunächst zwischen den verbündeten Regierungen zur Erörterung gestellt werden. So lange dieser Fall nicht eingetreten ist, kann ich keine andere Versprechung machen. Sobald Friedensvorschläge gemacht sein werden, kennt die Regierung keinen anderen Wunsch, als sie so schnell als möglich dem Parlament mitzuteilen.“

Der Kongreß erinnert die sozialistische Parlamentsfraktion an die Einheit der Aktionen, die die Einheit der Abstimmung im Parlament in allen wichtigen Fragen in sich schließt. Der Kongreß erinnert nochmals alle Kampfgenoßen, die Führer wie die Organisationen, an die mehr als je gebieterische Notwendigkeit der Einheit der Partei; er erinnert daran, daß jede öffentliche Aktion in der Presse wie im Par-

Am Neujahrsmorgen im Schützengraben.

Nun ist auch das Kriegsjahr 1915 hinabgezunken ins Meer der Ewigkeit. Seine Spuren sind mit Blut in die Weltgeschichte geschrieben. Es ist die zweite Jahreswende, die wir vorn an der Front erleben mußten. Dank zunächst dem Venter aller Schlachten, daß wir es überhaupt konnten. Als wir im Vorjahre in der alten Scheune, in dem alten Stalle im französischen Unterfunktionsort an der Schwelle des neuen Jahres standen, da hofften wir alle, daß, wenn wir glücklich das Ende des Jahres sehen, wir im Frieden mit unsern Lieben vereint in der trauten Heimat weilen können. Anders kam es, als wir dachten. Noch stehen wir draußen in Feindesland, umgeben von all den Gefahren dieses fürchterlichen Krieges und wiederum kam die Engherzige Nacht. Eine starke Dunkelheit herrschte, der Regen kam zeitweise in Strömen. Eine Leuchtrakete nach der andern stieg auf, erhellte die Stätte des Völkermordes gleichsam wie ein Feuerwerk. Und doch war es etwas ruhiger geworden bei anbrechender Nacht gegenüber dem Kanonendonner des Tages. Auch in den Unterständen ist Ruhe eingekehrt, wer Schlaf hat viele durch den Dienst angepannte Kameraden übermannt. Ahnungsvolle Stunden hatte noch der letzte Tag des Jahres gebracht, denn einige Wahrnehmungen beim Feinde veranlassen den Befehl: Alles in erhöhter Bereitschaft! Gasmasken bereithalten! Doch glätteten sich wieder die Wogen gegen Abend, als das feindliche Feuer nachließ. Die Nacht kam und auch die Mitternachtsstunde. Als die Uhr 12 zeigte, liegen es sich einige Kameraden nicht nehmen, hinüber zu rufen zu den Franzosen: Prost Neujahr! Auch aus dem französischen Postenbereich vernahm man die Stimme eines neuen Jahres! Die darauf gegenseitig kurz einsetzende Schießerei war wohl mehr eine alte Neujahrssitte einiger Väter, als böse Absicht. Auch die verschiedenen Artilleriegeschütze, die heiser hielten, beunruhigten nicht sehr. So verging die Nacht der Jahreswende und nun grüßt uns der erste Morgen des neuen Jahres, jedoch mit dem alten, verhärteten Kampfgeschrei. Aus der Champagne hört man den besten Donner von Geschützen, er mischt sich in das Krachen der Minen im Argonnenwald. Auch also der allgewohnte Wahn, Nichts für dem Frieden auf Erden zu merken, jene Botschaft, die wir an unseren Weihnachtspostkarten vernahmen.

Ja auch unsere zweiten Kriegsheimwehen im Felde vorn an der Front sind geblieben. Auch diese mußten wir wie im Vorjahr im Schützengraben verbringen. Zwar konnten wir am 2. Dezember die Weihnachtsbäume der Kompanie noch

brennen lassen in Unterständen der Ortsunterkunft, aber es war manchen von den alten Kameraden so, als wollten die Kerzen nicht mehr so hell leuchten, denn in diesem Augenblick, wo wir zum zweitenmal fern von der Heimat, von der Familie unsere Weihnachten feiern mußten, kämpfte stark die Sehnsucht nach Daheim mit dem alten Willen zum siegreichen Durchhalten. Die Feder gibt nicht wieder, was die Gemüter bewegte, was in den tränenfeuchten Augen lag, als wir Feldgrau um den brennenden Weihnachtsbaum standen im Gedanken verbunden mit all unsern Lieben in der Heimat. Und doch schon war das Gefühl: Auch dort denkt man an uns, dort hat man uns nicht vergessen, denn das beweisen nicht bloß die Briefe, sondern auch alle Gaben der Liebe, die man uns sandte, obwohl es in der „teuren“ Heimat manchen heute schwer fällt, die Kriegskosten zu tragen. Dankbar denken wir an all die Opferwilligkeit unseres Volkes, dankbar aber auch an all das stille Heldentum, das daheim manche Frau, mancher Volksgenosse im Dienst für die deutsche Sache leistet, ohne von vielen beachtet zu werden, und gleich wichtig wie unsere Waffentaten im Felde, jedoch nicht belohnt mit Orden und Ehrenzeichen.

Ein neues Jahr! Was wird es bringen? Mit dieser Frage beginnen es viele. Doch wir wissen es nicht, es kann den einen Freud, den andern bitteres Leid bringen. Ach wie viele sind von uns geschieden, die noch im Vorjahr hoffnungsvoll in die Zukunft schauten. Der kühle Regen deckt manche wadere Brust. Nicht bloß mancher Kamerad, sondern auch mancher Freund steht auf der Liste der Toten, an die wir ehrfurchtsvoll gedenken, von denen wir meinen, daß sie geborgen seien von den Kriegsgefahren des Lebens. Im Felde erreichte uns manche Trauerbotschaft von alten Bekannten, lieben Freunden. Sie schieden aus dem Leben, ohne daß uns vorher ein Wiedersehen möglich gewesen wäre. Schläft alle wohl ihr Lieben, Kameraden und Freunde und habt Dank für alles was ihr uns gewesen. Wer weiß, wie nahe uns das Ende?

Wir leben im alten Jahr großartige Leistungen. Mit dem Persönlichkeitswert Krieg der Gemeinheitsidealismus, unerhört straff gespannt waren die Muskeln des ganzen Volkstörpers und viele individuelle Entfaltung hat das Jahr verlangt. Auch das neue Jahr kommt mit gewaltigen Anforderungen. Auf den Schlachtfeldern nähert sich langsam die Stunde der Entscheidung. Wieviel Blutopfer müssen aber dann und bis dahin noch gebracht werden? Glückselig, wer mit reinem Gewissen vor dem Weltgericht verantworten kann. Unverständnis und blinder Haß, was für eine Saat hast du nicht schon gesät und was für Früchte hast du nicht schon geerntet. Wie haben

die Gegner Deutschlands sich verrechnet, als sie die Existenz, Zukunft und Ehre unseres Landes uns zu rauben beabsichtigten. Wie öde und leer sind die Stätten, die der Krieg zerstört. Das Herz krampft einem oft zusammen, wenn man so viele Bilder des Elends sehen muß. Für manchen in der Heimat würde es nicht schaden, wenn er sehen und miterleben könnte, daß Krieg mehr bedeutet als zeitweilige, persönliche Unannehmlichkeiten.

Ein neues Jahr, ein neues Hoffen. So hoffen wir auf einen baldigen, siegreichen Frieden, der die Opfer wert ist, die für unser Vaterland gebracht wurden. Der Soldat an der Front vernimmt ja einen andern Klang aus dem Wort von Frieden, wie all die, für welche das alles nur eine Frage der Zeit ist. Und wenn die Friedensglocken läuten, wer wird sie hören dürfen? Allerdings auch nach einem glücklichen Frieden wird der Himmel der Zukunft noch stark bewölkt sein. Die finanziellen Lasten des Weltkrieges drücken auch nachher noch gewaltig und groß sind die Aufgaben, die dann noch der Lösung harren. Auch die Arbeiterschaft und ihre Organisationen werden mit Dornen auf dem Wege rechnen müssen. Kleiner ist der Kreis der Freunde geworden, die jetzt noch die alten Berufsarbeiten erfüllen können und die der Organisation in den Stürmen des Krieges treue Gefolgschaft leisten. Doch das ist bedingt, durch besondere Umstände. Wir Freunde im Felde aber hoffen, sich auf euch Daheimgebliebenen verlassen zu können, damit ihr den heimkehrenden Kriegern kein zerfallenes Organisationsgebäude bietet. Nicht bloß für die Vergangenheit und Gegenwart brauchen wir es, sondern erst recht für die Zukunft. Es mag sein, daß die deutsche Arbeiterbewegung ihre eigenen Zukunftsprobleme haben wird, denn so viel es möglich ist zu beurteilen, wird die deutsche Sozialdemokratie vor einer Spaltung stehen, die nicht mehr zu überbrücken ist. Der linke Flügel wird den Weg des politischen und gewerkschaftlichen Syndikalismus gehen, aber für den andern und größten Teil dieser Bewegung hängt viel ab von dem Verständnis, daß er selbst, aber auch Regierung und Bürgertum für die völlige Einordnung der Arbeiterschaft im Staatsganzen besitzt. Die deutschen Gewerkschaften haben dabei Zukunftsaufgaben, die nicht ganz leicht sind und viele geistige Kräfte erfordern. Sammeln wir diese, stärken wir dieselben. Stehe jetzt und in alle Zukunft nur jeder an seinem Platz und erfülle was ihm obliegt. Ueberwinden wir alles Kleinmütige, Schwache und treten wir hoffnungsvoll ein in dieses neue Kriegsjahr. Aus dem Felde aber sende ich beste Grüße an alle Freunde und wünsche ihnen mit ihren Familien ein glückliches Neujahr!

Am Argonnenrand J. B a r n h o l t-Ulm.

Die deutschen Arbeiter werden sich diese Vorgänge merken. Jedes Verantwortlichkeitsgefühl ist diesen Leuten abhanden gekommen. Geseht den Fall, die anderen Volksvertreter hätten das so gemacht, dann hätte das Parlament einfach seine Macht verloren, indem die Regierung über die Köpfe hinweg sich die Gelder beschaffte, oder unter Land, unsere Familien würden der Willkür der feindlichen Horden preisgegeben. Aber was kümmern sich diese „Unentwegten“ um die Verantwortung. Möge Deutschland und dessen Familien doch zu Grunde gehen, wenn nur ihr Prinzip hochgehalten wird, und man in der Internationalen sagen kann, wir sind die Männer, die das selbe hochgehalten haben. Verschiedene Ekelstritte haben sie ja schon von ihren feindlichen „Genossen“ empfangen, es gibt jedoch Leute, die in dieser Beziehung unverwundbar sind.

Sittlich, auch gegen den Staat!

(Schluß.)

Bedenklicher noch als die mangelnde Teilnahme weiter Kreise an öffentlichen Dingen, ist der bei noch viel weiteren Kreisen herrschende Mangel an Empfindung für die Notwendigkeit einer strengen Trennung der öffentlichen Tätigkeit von privaten Vorteilen. Wir rühmen uns der saubersten Beamtenethik, und ich glaube, daß wir darin recht haben. Nicht nur im Verhältnis zu anderen Staaten sondern auch absolut steht unsere Verwaltung in Stadt und Staat hoch. Und wenn das Bestehen mancher „Klingels“ und mancher „Gefälligkeiten“ ebenjowenig bestritten werden kann wie das eines noch nicht ausgerotteten Schmiergeldunwesens in den unteren Schichten, so gilt doch im allgemeinen sicher, daß unsere Beamtenethik ihre Pflicht ernst aufsaßt und der „rollende Rubel“ keine bedingende Rolle spielt. (Hier liegt die Gefahr viel eher in einer Zunahme des Strebertumes, dem das Wohlwollen des Vorgesetzten mehr gilt als die Pflichterfüllung nach eigener Ueberzeugung.) Viel weniger rege ist das Gewissen bei der Mitwirkung der Bürger an der Verwaltung oder Gesetzgebung. Im Parlamente wird es leider immer mehr üblich, daß in den Ausschüssen die Interessenten das Wort führen. Bei Kalkgelei und Spiritussteuer hat man kaum etwas darin gefunden, daß Hauptvertreter der Reichstagsbeschlüsse Leute waren, die persönlich daran verdienten. Und in den Stadtverordnetenversammlungen ist es fast selbstverständlich, daß „Interessenten“ die Mehrheit bilden. Das Grundbesitzprivileg in den preussischen Städten würde nicht so scharf bekämpft werden, wenn nicht so viel Mißbrauch damit getrieben würde. Die Forderung, daß Stadtverordnete keine Geschäfte in Grundstücken machen dürfen, klingt den meisten unehört und ist doch nur die Uebertragung einfachster Sittenregeln vom Privaten auf das Politische.

Damit kommen wir an den schlimmsten Mangel der politischen Sittlichkeit. Das Gewissen der meisten Bürger ist dem Staate, das heißt der Gesamtheit seiner Mitbürger gegenüber, unendlich weniger empfindlich als dem einzelnen Mitbürger gegenüber. Und der Staat selbst heißt das gut! Sein Strafgesetz bedroht die Unmoral gegen die Gesamtheit viel weniger scharf als die gegen den einzelnen.

Leute, die im privaten Geschäftsverkehr von peinlichster Gewissenhaftigkeit sind, drücken sich ohne Scheu vor öffentlichen Zahlungspflichten — wenn sie es ohne Aufsehen tun können. Ja, sie drehen und wenden das Steuergesetz, ob und wie sie mit einem Scheine des Rechtes ihre Pflicht heruntersehen können, und scheuen eine falsche Vermögens- oder Einkommenserklärung viel weniger, als den geringsten Anschein eines ähnlichen Verhaltens im Privatverkehr. Das Schmuggeln über die Grenze des eigenen oder fremden Landes, die Umgehung einer indirekten Steuer, ist ein allgemein beliebter „Sport“. Und der Abgeordnete Träger, der es so wunderbar verstand, bittere Wahrheiten mit gefälliger Liebesswürdigkeit vorzutragen, konnte im Reichstag einmal äußern, daß dem Durchschnittsbürger 300 Mark ehrlichen Verdienstes nicht halb so viel Freude machen, wie 3 Mark, die er dem Staate hinterzogen hat.

Der Bürger steht eben immer noch zu sehr im Staate den Fiskus, den „Gegner“. Unsere Regierungen wie Verfassungen sind wohl nicht unschuldig daran, wenn dieses Gefühl aus dem Zeitalter des Absolutismus (als der Staat nur eine Domäne des Fürsten war) noch lebendig ist; wenn noch nicht die Empfindung gestiegen hat, daß unser Staat eine Organisation der Bevölkerung, eine Volksgemeinschaft ist, bei der alles, was einer zu wenig leistet, von den anderen übernommen werden muß. Würde jeder Drückberger wissen, daß er seinen Nachbarn übersteuert, wenn er „den Staat“ hintergeht, so würde er wohl etwas gewissenhafter sein. Aber das Staatsgesetz tut wenig in dieser Beziehung. Während betrügerische Handlungen im Verkehr der Bürger untereinander mit den schwersten Strafen bedroht sind, werden gleiche Handlungen gegen die Gesamtheit viel milder geahndet. Und das Wehrbeitragsgesetz hat zum ersten Male an die Stelle der bloßen Geldbußen für wissenschaftlich falsche Erklärungen auch Ehrenstrafen eingeführt. Aber welchen Weg haben wir noch zurückzulegen bis zu einem Zustande der öffentlichen Moral, bei dem unläuterer Verhalten gegen die Gemeinschaft, den Bürger in anständiger Gesellschaft ebenso unmöglich macht wie ein Verstoß gegen den Betrugsparagrafen des Strafgesetzbuches.

Man unterschätze die Einwirkung dieses Mangels auf unsere Wehrkraft nicht. Bei genügender Ehrlichkeit aller Steuerzahler könnten unsere Finanzen viel besser, unsere im Frieden zu Rüstungszwecken gemachten Schulden viel kleinere sein. Und bei genügend entwickeltem sozialem „Geschäftsstand“ könnten unsere Kriegskosten wesentlich geringer sein. Wir glauben ja alle, daß wir reich genug sind, den Krieg länger auszuhalten als die Gegner, und daß diese schließlich für unsere Kosten mit aufkommen müssen. Aber es wäre leichtsinnig, in diesem Glauben drauf loszuwurseln und Zustände ungerügt zu lassen, die nicht nur wirtschaftlich sondern auch sittlich recht bedenklich sind. Das unehrlichste in dieser großen Zeit ist die weitverbreitete Sucht, Heeresverwaltung und andere Verbraucher zu übersteuern. Daß manche Dinge an Preise steigen, ist natürlich und berechtigt, daß aber alle steigen, auch solche, an denen wir Vorräte für Jahre besitzen und deren Herstellung nicht um einen Pfennig teurer geworden ist, bedeutet eine unsoziale Ausnützung der Arbeiter, die man in solcher Zeit ruhig als Wucher brandmarken darf. Es ist ein allgemeiner Brauch, dem Staate möglichst hohe Preise abzunehmen; und die Geschwätsunkenntnis mancher Behörden reizt und entschuldigt. Aber was wir jetzt erlebt haben und noch erleben, das übersteigt doch alle Begriffe des Unständigen.

Als ob der Krieg dazu da wäre, einzelnen die Taschen zu füllen! Als ob es nicht das Geld der Gesamtheit wäre, das man im Uebermaße einzuheimsen sucht! Als ob für den Erfolg unserer Waffen deren Kosten gar keine Rolle spielten und man sich gar keine Sorge wegen der Verzinsung und Rückzahlung der Reichsschulden zu machen brauche! Gibt es im ganzen deutschen Wirtschaftsleben keinen Verband, keine große Firma, die diesem Jagen nach Ausmünzung deutschen Blutes sich entgegenstellt? Die in dieser großen Zeit dem Reiche zu Selbstkosten plus 10 vom Hundert liefert? — Ehe wir das nicht erleben, ist unser Geschäftsleben noch nicht annähernd der allgemeinen Wehrpflicht angemessen. Es ist geradezu grotesk, wie mancher sein Leben willig dem Vaterlande gibt, aber sein Geld angstvoll hütet und nicht ohne Wuchergewinn seine Erzeugnisse liefert!

Wenn das schon im Kampfesringen so ist, wie soll es dann nach dem Frieden werden! Wenn ein allgemeiner großer Aufschwung des Wirtschaftslebens eintritt? Sollen wir die „Grünberzeit“ der siebziger Jahre noch einmal erleben und soll wieder alles Erzeugene sich in Gold verwandeln, mit dem ein Teil der Kriegskameraden sich auf Kosten des anderen, größeren, bereichert? Am nur eines, allerdings das wichtigste zu nennen: soll wieder der Sieg unseres Volkes zu einer neuesten Bodenspekulation, zu einem allgemeinen Steigen der Bodenpreise und der Wohnungen, damit zu einer weiteren Verschlechterung der Wohnweise, zu einer noch stärkeren Zusammenpressung der Millionen in Mietkasernen führen? Sollen wieder kluge Einzelne, die rechtzeitig die Hand auf notwendige Gelände legten, Riesengewinne machen auf Kosten der Gesundheit, der Kultur, des Familienglücks unseres Volkes? Oder wird die soziale Moral stark genug sein, jeden Spekulanten mit einem kräftigen Psui! hinauszusweisen — und das Reich energisch genug, mit Gesetzen einem Bodensucher kräftige Riegel vorzuschieben! Im Grund und Boden liegt die Wirkung des Sieges am deutlichsten vor aller Augen; hier hat die Verwandlung der gemeinsamen Arbeit in private Gewinne die schlimmsten Folgen. Das Vorgehen der Gesetzgebung und der Sitte gegen Bodenspekulation wird den Maßstab dafür abgeben, ob wir im geschäftlichen Leben auch eine soziale Sittlichkeit haben sollen.

Dr. Heinz Pothhoff.

Stärkung unserer Volkskraft durch die Landesversicherung.

Eine Reihe von aufmerksamen Sozialpolitikern hat sich seit langem mit der Frage unserer Volksgeundheit beschäftigt. Vieles ist in dieser Beziehung getan worden, doch immer mehr Anforderungen werden gestellt. Unsere Landesversicherungen haben gewaltige Mittel aufgewandt, um durch geeignete Maßnahmen unsere Volkskraft zu heben. Auch jetzt haben dieselben ihre Kraft in den Dienst der Kriegsverletztenfürsorge gestellt. Dieser schreckliche Krieg zerstört eine Reihe von Kulturwerten. Einschleppungen von Seuchen sind trotz der schärfsten Vorsichtsmaßnahmen nicht ganz zu verhindern. Eine der größten Gefahren für unsere Volksgeundheit bilden die Geschlechtskrankheiten. Es ist bekannt, daß die Unfruchtbarkeit beim Manne und bei der Frau nur zu oft von einer überstandenen Geschlechtskrankheit herrührt, und daß auch gewisse erbliche Krankheiten — Epilepsie, Schwachsinn, körperliche und geistige Mißbildungen — die Folge geschlechtlicher Erkrankungen der Eltern sein können. Tausende von Familienvätern stehen jetzt im Felde und sind der Ansteckungsgefahr dieser Krankheit besonders stark ausgesetzt. Wenn auch die militärische Bewachung dieser Art besonders streng gehandhabt wird, so lassen sich die Krankheiten doch nicht ganz vermeiden. Der beste Beweis für die getroffenen Maßnahmen in dieser Beziehung ist, daß in den 15 Kriegsmonaten nur ein Gesamtzugang von 6,1 auf Tausend der Kopfstärke zu verzeichnen waren, während sich diese Zahl im letzten Friedensjahre auf 11 vom Tausend belaufen hat. Die größte Gefahr besteht jedoch bei der Heimkehr unserer Truppen, und es soll daher Fürsorge getroffen werden, daß die Entlassung aus dem Heeresdienst nicht eher erfolgen darf, bis durch sachmännliche Behandlung auch die geringste Ansteckungsgefahr beseitigt ist. Es ist daher nur mit Freuden zu begrüßen, daß das Reichsversicherungsamt unter Führung seines Präsidenten Dr. Kaufmann eine planmäßige Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in die Wege geleitet hat. Wie es gemacht werden soll, das ist vor kurzem in einer Vollerhebung der Vorstände der Landesversicherungsanstalten und der Sonderanstalten, die im Reichsversicherungsamt stattfand, eingehend erörtert worden. Präsident Dr. Kaufmann eröffnete diese wichtige Beratung mit einer Rede, in der die allgemeinen Grundzüge des Vorgehens dargelegt wurden, und an deren Schluß er folgendes bemerkte:

„Es ist bekannt, wie schon vor dem Kriege die Geschlechtskrankheiten, fast noch verderblicher als die Tuberkulose und Trunksucht, am Marke unseres Volkes zehrten und unsere Geburtenziffer verhängnisvoll beeinflusst haben. Die Unfruchtbarkeit der Frauen durch Tripperansteckung hat uns schon vor dem Kriege einen Ausfall von jährlich etwa 200 000 Geburten gekostet. Es ist deshalb im Interesse der Volksgeundheit und für den demnächstigen Wiederaufbau unserer durch den Krieg erschütterten Bevölkerung aufrichtig zu begrüßen, daß die Landesversicherungsanstalten, angeregt durch den Krieg, der manche der auf diesem Gebiete bisher noch bestehenden Hemmungen beseitigt hat, nunmehr im Verein mit der Militärverwaltung einen planvollen Kampf gegen diese verheerende Volksseuche aufnehmen wollen. Es ist zu hoffen, daß die zunächst für die geschlechtskranken Kriegsteilnehmer bestimmten Einrichtungen für eine umfassende Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der gesamten versicherten Bevölkerung ausgebaut werden. Vielleicht werden sie sogar späterhin dazu beitragen, die Prostitutionsfrage befriedigend zu lösen, was letzten Endes nur auf sozialem, nicht auf rein polizeilichem Wege geschehen kann.“

Ueber die Art des Vorgehens wurden dann einstimmig 2. Schlüsse gefaßt, die im folgenden Verlaufe niedergelegt sind:

1. Zur Verminderung der Gefahr einer Zunahme der Geschlechtskrankheiten im deutschen Volke ist eine Ueberwachung geschlechtskranker Kriegsteilnehmer auch nach ihrer Entlassung geboten.

Um diese Ueberwachung erfolgreich zu gestalten, ist ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Träger der Unfallden- und Krankenversicherung mit der Ärzteschaft unerlässlich.

Zum Zwecke dieser Ueberwachung werden besondere Beratungsstellen von den Versicherungsanstalten nach Benehmen

mit der zuständigen ärztlichen Landesvertretung eingerichtet. Es kann zweckmäßig sein, für Versicherungsanstalten und Sonderanstalten oder für Teile ihrer Bezirke gemeinsame Beratungsstellen einzurichten.

2. Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Beratungsstellen und die Reisekosten der Versicherten tragen die Versicherungsanstalten.

Der Dienstbetrieb der Beratungsstellen wird im allgemeinen nach dem Vorbilde der Fürsorgestellen der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Hamburg einzurichten sein. Bezüglich der Versicherung in den Bezirken anderer Anstalten, so werden die über ihn geführten Aufzeichnungen dorthin abgegeben.

3. Die Ärzte der Beratungsstellen sollen sich der Behandlung enthalten. Sie haben nur die Notwendigkeit einer solchen festzustellen und den Kranken auf ärztliche Hilfe zu verweisen.

4. Stellt der Arzt der Beratungsstelle eine Behandlungsbedürftigkeit fest, so ist der gegen Krankheit Versicherte grundsätzlich der Krankenliste zu überweisen, es sei denn, daß er triftige Gründe gegen eine Behandlung auf Kosten seiner Krankenliste geltend macht. In diesem Falle wird die Versicherungsanstalt die Behandlung auf ihre Kosten übernehmen.

5. Die Versicherungsanstalt übernimmt ferner die Behandlung, wenn der Kranke nicht gegen Krankheit versichert ist.

6. Die Versicherungsanstalt kann auch die Fürsorge für nicht oder nicht mehr gegen Invalidität Versicherte übernehmen, wenn der Kranke dem Kreise der versicherungspflichtigen Bevölkerung nahesteht und zu besorgen ist, daß ohne das Eingreifen der Versicherungsanstalt eine sachgemäße Behandlung unterbleibt.

Das wesentliche an diesen Beschlüssen ist also die Einrichtung von Beratungsstellen für Geschlechtskranke, zunächst für die Kriegsteilnehmer nach ihrer Entlassung aus dem Heere, später für die gesamte versicherungspflichtige Bevölkerung, deren Kreis durchaus nicht eng begrenzt wird. In diesen Beratungsstellen, die für die Erkrankten vollkommen kostenlos sind, wird festgestellt, ob und inwieweit der Patient ärztlicher Behandlung bedarf, und es wird ihm der Rat gegeben, an welchen Arzt er sich wenden soll. Vielleicht wäre es einfacher und zweckmäßiger, wenn die Beratungsstellen selbst die Behandlung übernehmen würden. Doch würde dies zu Reibungen mit der Ärzteschaft führen, und es ist notwendig, daß die neue Einrichtung in ihren Anfängen möglichst wenig gehemmt wird. Das Ganze wird sich erst nach und nach entwickeln, und deshalb soll vorsichtig verfahren und nicht zuviel auf einmal verlangt werden. Dadurch, daß die Kriegsteilnehmer, soweit sie erkrankt sind, bei ihrer Entlassung aus dem Heere von der Heeresverwaltung den Beratungsstellen überwiesen werden, ist schon Bedeutendes erreicht. Die Kranken bleiben unter ärztlicher Aufsicht, und damit wird die Gefahr einer Ausbreitung der Seuche wesentlich eingeschränkt. Im übrigen muß eine kräftige Aufklärungsarbeit einsehen, bei der alle Pruderie — die angesichts der großen Gefahren für die Volksgeundheit gewiß nicht am Platze ist — fallen gelassen werden muß, und an der jeder einzelne mitwirken kann. Das Werk, das die Versicherungsanstalten jetzt einrichten, ist nur ein Anfang, das Vordringen eines neuen Weges, der bis ans Ende verfolgt werden soll.

Rundschau.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Einem Zuschläger, der an sehr starken Krampfadern leidet, stieg am 18. Oktober 1913 bei der Betriebsarbeit der Meißel aus der Hand; dieser schlug gegen den rechten Unterschenkel und brachte hier einen Krampfadernknoten zum Platzen. Durch die noch an demselben Tage in einem Krankenhaus eingeleitete ärztliche Behandlung wurde der Krampfadernbruch in kurzer Zeit zur vollständigen Heilung gebracht. Am nun nicht der Gefahr einer erneuten gleichartigen Verletzung ausgelegt zu sein, willigte der Verletzte — sei es aus eigenem Antrieb, sei es auf Anregung und Anraten der Anstaltsärzte — in die operative Entfernung der Krampfadern beider Unterschenkel. Zunächst wurde am 21. Oktober 1913 die Operation an dem verletzten rechten Unterschenkel ausgeführt. Nachdem die Operationswunden ohne jede Störung glatt verheilt waren, wurde am 30. Oktober 1913 auch der linke Unterschenkel operiert. Anfangs verlief auch hier die Heilung der Operationswunden günstig und ohne Störungen. Am zwölften Tage nach der Operation trat aber plötzlich hohes Fieber, Erbrechen, Durchfall und starker Kräfteverfall ein; die Blutuntersuchung ergab Eiterbakterien im Blut, also Blutvergiftung. Durch diese wurde am 16. November 1913 der Tod herbeigeführt.

Die Verurteilung hat den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Tode verneint und deshalb die Gewährung der Hinterbliebenenrente abgelehnt. Das Oberversicherungsamt hat sich dem angegeschlossen. Die Hinterbliebenen haben gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamts Rekurs eingelegt. Sie wollen einen mittelbaren ursächlichen Zusammenhang deshalb angenommen wissen, weil der behandelnde Arzt dem Verstorbenen, wie dieser wiederholt geäußert, erklärt habe, die Krampfadern müßten operiert werden, weil der Verstorbene ohne eine solche ärztliche Beeinflussung sich niemals würde haben operieren lassen und dann noch am Leben sein würde. Das Reichsversicherungsamt hat durch Entscheidung vom 23. Juni 1915 (1a 3940/14) den Rekurs mit folgender Begründung zurückgewiesen:

Daß ein unmittelbarer ursächlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Tod nicht besteht, kann nicht zweifelhaft sein, denn die durch den Unfall verursachte Wunde war ohne alle nachteiligen Folgen vollständig geheilt, und die Eitererreger sind nicht durch diese Wunde in den Körper gelangt, sondern durch die Operationswunde an dem anderen, vom Unfall gar nicht betroffenen linken Unterschenkel. Aber auch ein mittelbarer ursächlicher Zusammenhang kann nicht angenommen werden. Eine unbedingte Notwendigkeit für die Operation bestand überhaupt nicht, am allerwenigsten war eine solche Notwendigkeit durch den Unfall geschaffen worden; der Verstorbene hätte die Operation ablehnen und es darauf ankommen lassen können, ob sich ein ähnlicher Unfall nochmals ereignen würde. Die Wahrscheinlichkeit hierfür war nicht einmal besonders groß. Es ist deshalb auch unglücklich, daß die Ärzte ihm die Operation als unbedingt notwendig hingestellt haben. Auf keinen Fall ist die

Notwendigkeit der Operation erst durch den Unfall herbeigeführt worden, sie bestand — wenn überhaupt — auch schon vor dem Unfall. Letzterer hat nur die Zweckmäßigkeit der Operation im allgemeinen Gesundheits- oder Sicherheitsinteresse des Verstorbenen erkennen lassen; er war eben nicht mit dem Krankheitsleiden verbundenen sonstigen Beschwerden ein Beweggrund für die Willensentscheidung, die Zustimmung des Verstorbenen zur Operation, hat aber die letztere und damit den Tod des Operierten nicht verursacht. (Mittl. Nachr. des N. N. N. Nr. 2826.)

Die Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Frauenzeitung.

hat zu interessanten Auseinandersetzungen zwischen dem Korrespondenzblatt der Generalkommission und dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“ geführt. Der Plan der Neugründung ist zurückzuführen auf eine Anregung der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, und in einer Vorabendkonferenz der Gewerkschaften im Juli 1915 wurde die Durchführung des Planes beschlossen, weil „die von der Genossin Zeitlin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gebe, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in perfekten Theorien und hochtrabenden Stillübungen ergebe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben.“

Seit Beginn dieses Jahres erscheint nun die neue „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, die das höchste Mißfallen des „Vorwärts“ erweckt hat, nicht wegen ihres Inhalts, sondern wegen der vorher geübten Kritik an der radikalen Genossin Zeitlin. Die Neugründung ist nach dem „Vorwärts“ zurückzuführen auf die Antipathie, die in den Kreisen der Gewerkschaftsführer gegen das bisherige Organ der proletarischen Frauen, die „Gleichheit“, vorhanden war. Der Inhalt der letzteren, der in streng sozialistischem Sinne unter Leitung der Genossin Zeitlin behandelt wurde, entsprach nicht der Geistesrichtung der Generalkommission. Mit einer neuen Frauenzeitung glaubt man nun wohl den Anfang machen zu sollen, die angenehmere Richtung propagandistisch zu unterstützen. Vielleicht magt man sich später noch an größere Ziele heran.“ Daran erhält nun der „Vorwärts“ wiederum einen gehörigen Riesenstüber von dem „Korrespondenzblatt“, das zum Schluß sagt:

„Daß der Inhalt der „Gleichheit“ den Gewerkschaften nicht genügt, darin war der „Vorwärts“ richtig beraten, — nicht aber, weil dieses Blatt streng sozialistisch redigiert ist, sondern, weil ihm sowohl der gewerkschaftliche Inhalt als auch der Sinn für die Aufgaben der Gewerkschaften fehlt.“

Aber auch dagegen nimmt der „Vorwärts“ die Genossin Zeitlin in Schutz, indem er schreibt:

„Selten ist ein unbilligeres und ungerechteres Urteil über ein Blatt gefällt. Für die Aufklärung der proletarischen Frauen, für die Anspornung der Frauen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet hat die „Gleichheit“ unendlich viel geleistet. Die „Gleichheit“ war und ist bahnbrechend auch auf gewerkschaftlichem Gebiet. Ihr verdanken die Gewerkschaften nicht zuletzt das Wachsen der Anzahl gewerkschaftlich organisierter Frauen und Mädchen. Der Sinn für die Aufgaben der Gewerkschaften, den das „Korrespondenzblatt“ der „Gleichheit“ absperrt, ist von der „Gleichheit“ Tausenden und Abertausenden Mädchen und Frauen der arbeitenden Klasse beigebracht und in ihnen gefestigt worden. Die dankbare Treue, mit der die Frauen an diesem ausgezeichneten Organ festhalten, kann durch haltlose Behauptungen nicht ins Wanken gebracht werden.“

Diese Auseinandersetzungen sind für uns deshalb interessant, weil sie ein charakteristisches Licht werfen auf die Beziehungen, die sich im Laufe der Kriegszeit zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Zentralorgan herausgebildet haben.

Eine eigenartige Schriftleitung

scheint der „Kürschner“, das Organ des freien Verbandes der Kürschner, Richter und Mützenmacher zu besitzen. Wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften mitteilt, weist seine Ausgabe vom 11. Dezember eine halbe leere Spalte auf, die mit der Bemerkung versehen ist: „Wegen Stoffmangel muß dieser Raum frei bleiben.“ Und diese bequeme Art, das Blatt zu füllen, scheint der Redaktion so zu behagen, daß sie am 25. Dezember die ganze erste Seite weiß erscheinen ließ, diesmal mit der Bemerkung: „Wegen Mangel eines Weihnachtsartikels muß dieser Raum frei bleiben.“ Dazu bemerkt das „Korrespondenzblatt“, daß es bisher in der Gewerkschaftspressen nicht üblich gewesen sei, den ohnehin knapp bemessenen Raum in solcher nutzlosen Weise zu verschwenden. Wenn dem „Kürschner“ kein Weihnachtsartikel zur Verfügung stand, so darf man doch annehmen, daß auf gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete auch für die Mitglieder des Kürschnerverbandes so wichtige Fragen in der jetzigen schweren Zeit vorliegen, daß die von der Redaktion ihres Verbandsorgans beliebte Methode, das Blatt „auszugestalten“, Befremden erregen muß.

Selbst wenn es jetzt in der Redaktion des „Kürschner“ an Personal mangeln sollte — und wo wäre dies nicht der Fall — wird der „weisse Raum“ ein bedenkliches Licht auf die geistige Leistungsfähigkeit der Schriftleitung. Ei, wenn in etwas in einem Gewerkschaftsorgan vorgekommen wäre!

Ueber neue Tabaksteuern

bringen die „Reinigten Tabakzettelungen“ nähere Mitteilungen. Die Vorbesprechungen der Regierung mit den maßgebenden Personen des deutschen Tabakgewerbes über die neue Tabaksteuer sind nunmehr soweit gediehen, daß wohl in kurzer Zeit die endgültige Entscheidung fallen wird. Obwohl über die genannten Einzelheiten vorläufig noch Stillschweigen bewahrt wurde, teilt das Blatt mit, daß Zigarettabak 80 bis 100 Millionen Mark mehr aufbringen solle, und zwar durch Erhöhung des Zolles wie auch des Wertzuschlages. Der inländische Tabakbau solle dagegen geschützt werden und nur eine ganz geringfügige Mehrbelastung erfahren. Was die Zigarette anlangt, so werde sie wohl von einem Monopol verjont bleiben, zum mindesten für die Dauer des Krieges. Auch die von manchen Seiten befürchtete Erhöhung der Banderolensteuer werde nicht kommen. Dagegen sei der Vorschlag gemacht worden, die Zigarette in Form einer Kriegsmarke zu besteuern, die 20 Prozent des Detailverkaufspreises betragen soll. Eine entsprechende Vorlage werde den gesetzgebenden Körperschaften spätestens Anfang März zugehen, und man könne mit Sicherheit darauf rechnen, daß die neuen Steuern bereits am 1. April ds. Js. in Kraft treten werden.

Unzureichende Regelung der Fleischversorgung.

Die Regelung der Fleischversorgung ist bisher noch in den ersten Anfängen stehen geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen, trotzdem sich gerade im Anschluß daran eine ganze Reihe ernster Mißstände eingestellt haben. Es ist doch z. B. ein unhaltbarer Zustand, daß frisches Schweinefleisch in den Schlächterläden noch immer zu den Seltsamheiten gehören. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern auf die Verhältnisse in der Fleischversorgung aufmerksam gemacht und dort zugleich auch eine Reihe gut durchdachter Vorschläge zur Besserung unterbreitet. Er hat u. a. die Festsetzung von Stallpreisen und die Einführung von Schlachtfleisch im Viehhandel verlangt. Er forderte ferner das Verbot des Vorverkaufes von Schweinen, außerdem die Einführung gestaffelter Höchstpreise für die wichtigsten Gattungen des frischen Fleisches und vor allem aber eine Beschränkung in der Fleischverarbeitung von Würst und Fleischwaren. — Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach anderen Fleischsorten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen enorm verteuert wurde. Aber man erwartete bisher vergeblich auf die immer eiliger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder und Rindfleisch. Es scheint, als ob auch da erst wieder eingegriffen werden soll, wenn eine leichte Regelung nicht mehr möglich ist. Wenn sich erst die Produzenten und Händler an die übermäßig hohe Bezahlung ihrer Waren gewöhnt haben, dann stößt die notwendige Herabsetzung durch einigermaßen erträgliche Höchstpreise immer auf alle nur erdenkliche Schwierigkeiten. Die hohen Rindfleischpreise steigern auch den Anreiz zum Verkauf von Milchkuhen. Es ist jetzt schon bedenklich, wie viele Kühe in den letzten Wochen auf den Markt gebracht wurden. Wenn das noch einige Zeit so anhält, geraten wir mit der Milchversorgung in die allergrößte Gefahr. Alles das sollte die Regierung doch endlich veranlassen, schnellstens eine gründliche Regelung der Fleischversorgung vorzunehmen, ehe es wirklich zu spät ist.

Ansprüche der Soldaten während der Urlaubzeit.

Die neueste Nummer des Armeeverordnungsblattes enthält folgende Bestimmung:

Auf den im gehaltenen Vortrag bestimmte Ich, daß den während des gegenwärtigen Krieges unter Gewährung freier Fahrt beurlaubten Mannschaften mobiler und immobiler Formationen für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgebühren gewährt werden dürfen.

Das Kriegsministerium hat das Weitere zu veranlassen. Großes Hauptquartier, den 21. Dezember 1915. gez. Wilhelm.

Zu dieser Allerhöchsten Kabinettsorder bestimmt das Kriegsministerium:

1. Die unter Gewährung freier Fahrt beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften erhalten für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgebühren. Diesen Urlaubern stehen die beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften gleich, die an sich auf freie Fahrt Anspruch hätten, zur Erreichung des Urlaubsorts, von dieser Vergünstigung jedoch keinen Gebrauch machen. Somit sind keine Verpflegungsgebühren zuständig:

bei häufig wiederkehrenden Beurlaubungen, wie Sonntagsurlaub und dergleichen,

bei Beurlaubungen zum Zweck der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben usw., bei denen vom Arbeitgeber Entschädigung gewährt wird.

Ferner bleiben vom Bezuge der Verpflegungsgebühren ausgeschlossen:

die Gehalt empfangenden Unteroffiziere bei Beurlaubungen.

2. Durch diese Bewilligungen erfahren die grundlegenden Bestimmungen der Kriegsverpflegungs-Vorschrift keine Änderung.

3. An Verpflegungsgebühren sind für den Urlaubstag 1,50 Mk. zuständig. (Ziffer 1 und 3 des Erlasses vom 11. 10. 15 — N. N. N. E. 476.)

4. Inwieweit Unteroffiziere und Mannschaften bei Beurlaubungen Löhnung und Verpflegungsgebühren zustehen, haben die Truppenteile und, wenn Beurlaubungen aus Laga-

retten erfolgen, diese den Beurlaubten sowohl die Löhnung als auch die Verpflegungsgebühren für die ganze Urlaubsdauer vor Eintritt des Urlaubs zu zahlen.

5. Vorstehende Bestimmungen gelten sinngemäß für das Personal der freiwilligen Krankenpflege.

6. Die Bestimmungen treten mit dem 21. Dezember 1915 in Kraft.

In Vertretung: gez. v. Wandel.

Die Arbeitsnachweisfrage.

hatte in Köln a. Rhein zu Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern geführt, weil erstere einen einseitigen Unternehmensnachweis ins Leben rufen wollten. Auf den entschiedenen Protest der Arbeiterorganisationen hatte der Gouverneur der Provinz Köln vermittelnd eingegriffen mit dem Ergebnis, daß die geplante Eröffnung der Nachweistellen vorläufig nicht erfolgt.

Diese uns von Arbeiterseite zugegangene Mitteilung enthält ihre Bestätigung noch durch folgendes vom „Arbeitsnachweis für die Kölner Industrie“ an seine Teilnehmer gerichtetes Schreiben:

„Da der Herr Gouverneur durch Schreiben vom 1. Januar auf Grund des § 9^b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ bis auf weiteres verboten hat, daß der vom Arbeitgeberverband gegründete Arbeitsnachweis in Tätigkeit tritt und durch diesen Arbeitsgelegenheit irgendwie vermittelt wird, so kann seine Eröffnung vorläufig nicht stattfinden.“

Wir bitten Sie, hiervon gefälligst Vermerk zu nehmen und werden demnächst auf die Angelegenheit zurückkommen.“ Damit also ist die Angelegenheit zunächst vertagt, hoffentlich für immer!

Ueber die Zurückstellung von Militärpflichtigen

hat das preuß. Kriegsministerium (Allgemeines Kriegsdepartement) folgenden Bescheid erteilt:

Das Departement hat davon Kenntnis erhalten, daß die Voraussetzung für Zurückstellungen Militärpflichtiger vielfach dann als gegeben erachtet wird, wenn deren Abwesenheit vom Betrieb dessen Stilllegung zur Folge haben würde; in diesem Falle läge stets ein öffentliches Interesse für die Zurückstellung vor. Das Departement würde gern diesem Standpunkt zustimmen, wenn es die zwingenden militärischen Interessen zuließe. Danach kann aber ein öffentliches Interesse nur dann als bestehend erachtet werden, wenn es sich um einen Betrieb handelt, dessen Arbeiten zur Herstellung des Bedarfs für die Bewaffnung, Ausrüstung, Bekleidung, Ernährung und Unterbringung der Wehrmacht des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten sowie zur Erhaltung des gesamten deutschen Volkes und Wirtschaftslebens erforderlich sind. Der Umstand z. B., daß durch das Erliegen einer Spielwaren-, Schuhwaren- oder Musikinstrumentenfabrik Arbeiter in großer Zahl brotlos würden, bedingt nur dann ein öffentliches Interesse, wenn es den Arbeitern nach Lage des Arbeitsmarktes in absehbarer Zeit nicht möglich sein sollte, durch Übernahme von Kriegsarbeit die notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt zu gewinnen.

Patentbau. Wohnort: beim Reichs-Patentamt Johannstr. 20, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. www.patentbau.de

Angemeldetes Patent:

Rl. 34: J. 39 232: Zusammenlegbarer Feldstuhl. Willi Fleischmann, Nürnberg. Angem. am 22. 7. 14.

Erteilte Patente:

Rl. 34: 289 852: Bank, deren Sitz und Lehne zwecks Verringerung der Sitzrichtung gleichartig ausgebildet und um 90 Grad umlegbar sind. P. Rohrmann, Breslau. Angemeldet am 24. 6. 14.
Rl. 34: 289 819: Tisch mit durch einen als Tischplatte und Pult benutzbaren Klappdeckel verschlossenem Behälter. U. Kirchner, Zeitz. Angemeldet am 8. 1. 15.

Gebrauchsmuster:

Rl. 34: 640 484: Zusammenlegbares Ruhebett. R. Groß, Ratibor. Angemeldet am 29. 11. 15.
Rl. 34: 640 576: Biermännige Bettstelle. U. Hentschel, Hannover. Angemeldet am 19. 11. 15.
Rl. 34: 640 208: Kriegstruhe, benagelt mit Aufschriften verschiedener Art zum Selbstbenutzen mit Namen und Gedenktagen. Deutsche Holzwerke H. Böckmann, Güstrow. Angemeldet am 22. 11. 15.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt für jeden Ortsverein das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1915 bei.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 4. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt für jeden Ortsverein die graue statistische Karte bei, um deren genauer Ausfüllung und pünktlicher Einlieferung dringend gebeten wird.

Anzeigen.

Küchmehl
Wer kann monatlich ca. 10000 Kilogramm z. h. bestes Küchmehl liefern? Die von der Starke-Behandlung nach dem besten Verfahren erhalten.
J. Alstet & Co. - Geschäftsbüro m. b. H.
Wesseling Bez. Köln.

Drechsler
finden dauernde Arbeit bei hohem Verdienst.
Decker & Blau, stolp i. Pomn.

Wagen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Unterstützung auf dem Arbeitersekretariat Wagen, Jülicher Str. 77.
Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsverbandskassierer Hermann Gansel, Neumarkt 28.
Gelsenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mk. bei W. Mayer, Josefstr. 30.
Wilm a. D. Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Unterstützung als Ortsmitglied vom Ortsverbandskassierer Dreiner, Pönningsstraße 17.